

# PRESSEMITTEILUNG

## Backhaus: „Falsche Behauptungen helfen weder Landwirtschaft noch Ausbildung“ **LM**

Schwerin, 12.03.2026

Nummer 060/2026

Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus hat die beim Bauerntag in Pasewalk geäußerte Kritik des Vizepräsidenten des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Marco Gemballa, entschieden zurückgewiesen. Backhaus stellte klar: Das geplante Klimaverträglichkeitsgesetz greift weder unverhältnismäßig in Eigentumsrechte ein noch richtet es sich gegen die Landwirtschaft. Gleichzeitig seien auch die Vorwürfe zur landwirtschaftlichen Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern in wesentlichen Punkten unzutreffend.

„Die Landesregierung steht fest an der Seite der Landwirtschaft. Wir sorgen für Planungssicherheit, unterstützen Betriebe bei der Transformation und investieren in Ausbildung und Nachwuchs. Wer jetzt den Eindruck erweckt, wir würden gegen die Landwirtschaft arbeiten, verdreht die Realität“, sagte Backhaus.

### **Klimaverträglichkeitsgesetz schafft Planungssicherheit**

Backhaus widersprach ausdrücklich der Aussage, das geplante Klimaverträglichkeitsgesetz greife stark in Eigentum und landwirtschaftliche Praxis ein. „Das Gegenteil ist der Fall: Wir schaffen klare und verlässliche Rahmenbedingungen bis zum Jahr 2045. Genau diese Planungssicherheit wird von Wirtschaft und Landwirtschaft immer wieder eingefordert.“ Das Gesetz setze ausdrücklich auf Freiwilligkeit und langfristige Anpassung. „Bis 2045 ist das Prinzip der Freiwilligkeit fest verankert. Es geht nicht um Verbote, sondern darum, gemeinsam Lösungen zu entwickeln.“

Der Minister verwies darauf, dass entwässerte Moorböden aktuell die größte einzelne Quelle von Treibhausgasemissionen im Land darstellen. „Allein aus entwässerten Mooren stammen jährlich rund sechs Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Diese Realität können wir nicht ignorieren. Gleichzeitig bleibt die Landwirtschaft auch künftig ein zentraler Bestandteil unserer Wirtschaft und der Ernährungssicherheit.“

Backhaus betonte zudem die wirtschaftlichen Chancen einer frühzeitigen Anpassung. „CO<sub>2</sub> bekommt zunehmend einen Preis. Schon heute werden Preise zwischen 60 und 250 Euro pro Tonne diskutiert. Wer frühzeitig Emissionen reduziert, sichert damit langfristig auch seine wirtschaftliche Perspektive.“ Das Land unterstütze Betriebe bereits aktiv bei der Transformation. „Mit der Moor- und Landnutzungsstrategie,

Ministerium für  
Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche  
Räume und Umwelt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Paulshöher Weg 1 | 19061 Schwerin

V.i.S.d.P. Eva Klaußner-Ziebarth  
e.klaussner-ziebarth@lm.mv-regierung.de  
www.lm.mv-regierung.de

Beratungsangeboten, Förderprogrammen und Instrumenten wie MoorFutures schaffen wir konkrete Unterstützung für landwirtschaftliche Betriebe.“

### **Kritik an Ausbildung „entbehrt jeder Grundlage“**

Auch die Kritik Gemballas am Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei (LALLF) wies Backhaus deutlich zurück. „Die Behauptung, das Landesamt wolle künftig keine Freisprechungen für Absolventinnen und Absolventen der landwirtschaftlichen Ausbildung mehr ausrichten, ist schlicht falsch.“

Das Land habe den Bauernverband lediglich gebeten, sich künftig an der Organisation dieser Veranstaltungen zu beteiligen – so wie es in anderen Berufsbereichen seit Jahren üblich sei. „Die Durchführung der Veranstaltungen stand zu keinem Zeitpunkt infrage. Dass daraus nun eine angebliche Absage konstruiert wird, ist nicht nachvollziehbar.“

Auch die Kritik an der dualen Ausbildung sei einseitig. „Zunächst ist zwischen theoretischer und betrieblicher Berufsausbildung zu unterscheiden. Land und Berufsstand sind hier also gleichermaßen in der Pflicht. Um Abbrecherquoten zu reduzieren, müssen wir daher gemeinsam nach Lösungen suchen, statt einseitig Verantwortung abzuschieben.“ Backhaus betonte, dass viele Ausbildungsbetriebe hervorragende Arbeit leisten. „In den meisten Betrieben funktioniert die Ausbildung sehr gut. Deshalb teile ich das düstere Bild, das hier gezeichnet wird, ausdrücklich nicht.“

### **Klimaschutz bleibt gemeinsame Aufgabe**

Abschließend rief Backhaus zu einer sachlichen Debatte auf. „Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Klimaverträglichkeitsgesetz richtet sich nicht gegen die Landwirtschaft, sondern schafft die Grundlage dafür, dass Landwirtschaft, Umwelt und Wirtschaft auch in Zukunft erfolgreich zusammenarbeiten können.“